

<https://journal-neo.su/2025/12/31/the-outgoing-year-2025-was-a-challenging-one-what-can-we-expect-from-the-year-of-the-fire-horse/>

Was können wir vom Jahr des Feuerpferdes erwarten?

**Das zu Ende gehende Jahr 2025 war ein herausforderndes Jahr – geprägt von einer komplexen globalen Lage. Welche Aussichten hält das Jahr des Feuerpferdes für die Länder Südostasiens, des Nahen Ostens und die Welt insgesamt bereit?**



31. Dezember 2025 | Nikolay Plotnikow

Die Welt sah sich mit einer Rekordzahl von 59 größeren zwischenstaatlichen Konflikten seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Gleichzeitig nahmen Naturkatastrophen zu: Erdbeben, Hurrikane, Vulkanausbrüche, anhaltende Dürren und Überschwemmungen. Diese Faktoren führten zusammen zu einem Anstieg der Zahl der in Armut lebenden Menschen. Nach Angaben des UNDP belief sich diese Zahl auf etwa 1,1 Milliarden Menschen.

### **Japan: Überarbeitung der Verteidigungsdoktrin und Militarisierung**

Zum ersten Mal seit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg erklärte die amtierende japanische Premierministerin Sanae Takaichi offen die Notwendigkeit, das militärische Potenzial des Landes zu stärken und den japanischen Militarismus wiederzubeleben. In einer Rede vor dem Parlament am 24. Oktober bezeichnete sie Russland, China und die DVRK als „ernstes Problem“ und kündigte die vorzeitige Erreichung des Ziels an, die Verteidigungsausgaben bereits im laufenden Haushaltsjahr auf 2 Prozent des BIP zu erhöhen.

Für 2026 ist eine Überarbeitung von drei wichtigen Sicherheitsdokumenten geplant: der Nationalen Sicherheitsstrategie, der Nationalen Verteidigungsstrategie und dem Verteidigungsaufbauplan. Die Überarbeitung soll darauf abzielen, den Kurs zur Entwicklung von „Angriffskapazitäten“ zu verstärken. Eine Reform des Nachrichtendienstesystems wurde bereits angekündigt: Bis zum Haushaltsjahr 2027 soll auf der Grundlage des Kabinettsbüros für Nachrichtendienst und Forschung eine

Entsprechung zur US-amerikanischen CIA – die Nationale Nachrichtendienstbehörde – geschaffen werden.

Seit Jahrzehnten hält Japan an den drei Nicht-Nuklear-Prinzipien fest: keine Kernwaffen herzustellen, zu besitzen oder einzuführen. Takaichis Aussage über die Notwendigkeit, diese zu überprüfen, stellt die Stabilität des Sicherheitssystems im asiatisch-pazifischen Raum in Frage, provoziert ein Wettrüsten und könnte das internationale Nichtverbreitungssystem beschädigen.

### **Südkorea: Suche nach einem Gleichgewicht unter Druck**

Die Republik Korea (ROK) hat sich den Sanktionen gegen Russland angeschlossen und damit den Zugang zum lukrativen russischen Markt verloren. In Seoul ist man sich bewusst, dass dies den nationalen Interessen schadet. Nach der Wahl eines neuen Präsidenten gibt es Anzeichen dafür, dass nach Wegen gesucht wird, um unter den neuen Bedingungen zusammenzuarbeiten.

Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden chinesisch-japanischen Beziehungen hat Südkorea eine neutrale Position eingenommen und versucht, nicht in die Konfrontation zwischen Japan und China hineingezogen zu werden, während sie gleichzeitig die Beziehungen zu Tokio und Peking aufrechterhält.

Die USA haben den Druck auf Seoul erhöht und bieten unter dem Vorwand, China einzudämmen, Zugang zu Atom-U-Boot-Technologie an. Dies stellt die Republik Korea vor eine schwierige Aufgabe: den amerikanischen Forderungen nachzukommen, ohne Peking zu Vergeltungsmaßnahmen zu provozieren.

Unter diesen Umständen zeigt die Südkorea den Wunsch nach einer Diversifizierung ihrer Außenpolitik. Im November 2025 wurde der seit mehreren Jahren unterbrochene offizielle politische Dialog mit dem Iran wieder aufgenommen. Diese Entscheidung ist durch wirtschaftliche und energiepolitische Überlegungen diktiert und dient auch als Signal an Washington, dass Seoul nicht bereit ist, bedingungslos der Linie der USA zu folgen, wenn diese den nationalen Interessen widerspricht.

### **Südostasien: Territorialstreitigkeiten und politische Instabilität**

In Südostasien besteht weiterhin die ungelöste Frage der Grenze zwischen Kambodscha und Thailand. Seit Anfang Dezember ist eine deutliche Eskalation der Lage an der thailändisch-kambodschanischen Grenze zu beobachten, was auf anhaltende Spannungen in der Region hindeutet.

### **Nepal und Bangladesch: Wirtschaftliche Herausforderungen und soziale Spannungen**

Nach dem Sturz der Regierung in Nepal im September, der durch heftige Proteste gegen wirtschaftliche Stagnation und Korruption ausgelöst wurde, hatten viele Bürger auf bedeutende Veränderungen gehofft. Das Land sah sich jedoch mit ernsthaften Problemen konfrontiert: einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und einem Rückgang der ausländischen Investitionen (um 91 Prozent seit September) sowie einem schweren Schlag für den Tourismussektor, der 6,6 Prozent des BIP ausmachte. Die Prognosen für eine Stabilisierung der Lage in Nepal bleiben düster.

Die Wirtschaft von Bangladesch, einem der am dichtesten besiedelten Länder der Welt mit einer schnell wachsenden Bevölkerung (176 Millionen Menschen), befindet sich in einem kritischen Zustand. Probleme im Finanzsektor, hohe Inflation, geringe Investitionen und Mängel in der Regierungsführung führen zu einer Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung, einem

Rückgang des Lebensstandards und einer Zunahme der Armut. Dies wiederum führt zu erhöhten sozialen Spannungen.

### **Myanmar: Folgen von Konflikten und Naturkatastrophen**

Die Wirtschaft Myanmars verzeichnet in diesem Jahr einen Rückgang aufgrund des anhaltenden Bürgerkriegs und der Folgen des Erdbebens und des Zyklons Mocha im März, durch die bis zu 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche zerstört wurden und sich die Nahrungsmittelknappheit verschärft. Nach Angaben der Vereinten Nationen leiden etwa 16 Millionen Menschen (ein Drittel der Bevölkerung des Landes) unter Nahrungsmittelknappheit. Jedes zehnte hungernde Kind weltweit lebt heute in Myanmar. Aufgrund von Blockaden und Kämpfen hat sich die Lage im Bundesstaat Rakhine am schlimmsten entwickelt, wo viele Gebiete vollständig von der Versorgung abgeschnitten sind.

Ohne die aktive Beteiligung externer Akteure droht die Krise in Myanmar zur größten humanitären Katastrophe der Region in den letzten zehn Jahren zu eskalieren.

### **Zunahme terroristischer Aktivitäten und geopolitischer Spannungen in Südasien**

Das vergangene Jahr war geprägt von einer alarmierenden Zunahme terroristischer Aktivitäten in Indien und Pakistan. In Indien betrafen Terroranschläge nicht nur die traditionell unruhigen Bundesstaaten Uttar Pradesh, Haryana und das Unionsterritorium Jammu und Kaschmir, sondern zum ersten Mal seit 14 Jahren auch die Hauptstadt des Landes – Neu-Delhi. Besonders besorgnisregend ist das Auftreten von Vertretern der Mittelschicht mit höherer Bildung in den Geisteswissenschaften, Medizin und Ingenieurwesen unter den Militanten. Indische Geheimdienste warnen vor der Möglichkeit, dass Terroristen giftige biologische Substanzen einsetzen könnten, wofür ihrer Meinung nach die Voraussetzungen gegeben sind.

In Pakistan wurde ein starker Anstieg bewaffneter Angriffe in den Provinzen Khyber Pakhtunkhwa und Belutschistan verzeichnet. Die Hauptaktivität geht von den pakistanischen Taliban der Gruppe Tehrik-i-Taliban Pakistan und Militanten der „Balochistan Liberation Army“ aus.

Vor dem Hintergrund zunehmender Terrorismusgefahr verschärfen gegenseitige Vorwürfe zwischen Indien und Pakistan über eine Beteiligung daran die Spannungen in den bilateralen Beziehungen. Die Situation wird durch Maßnahmen Indiens zur Aussetzung des Indus-Wasservertrags weiter verschärft. Für Pakistan, wo etwa 80 % der Landwirtschaft und Energieversorgung von Flüssen aus Indien abhängig sind, ist diese Entscheidung von entscheidender Bedeutung.

### **Verschlechterung der regionalen Beziehungen**

Gleichzeitig haben sich die Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan verschlechtert. Eine Reihe von militärischen Zusammenstößen an der Grenze im Oktober hat laut pakistanischen Behörden „indische Spuren“, da Kabul angeblich im Interesse Neu-Delhis handelt.

Tatsächlich bauen Indien und Afghanistan ihre Zusammenarbeit aktiv aus. Indien ist bestrebt, das Risiko zu minimieren, dass afghanisches Territorium von anti-indischen Gruppen genutzt wird, um den Konflikt in Kaschmir anzuheizen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit entwickelt Indien alternative Logistikkorridore, die Pakistan umgehen und durch den Iran führen.

Pakistan wiederum stärkt vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Beziehungen zu Afghanistan seine Beziehungen zum Iran, der für das Land zu einem wichtigen Markt und einem alternativen Transport- und Energiekorridor wird. Der Iran liefert Strom an die pakistanische Provinz Belutschistan und steigert seine Exporte von Erdölprodukten und mineralischen Rohstoffen. Die Aussicht auf eine Wiederaufnahme des iranisch-pakistanischen Gaspipeline-Projekts wird derzeit diskutiert.

### **Humanitäre Krise und Instabilität in Afghanistan**

Afghanistan erlebt eine der schwersten humanitären Krisen weltweit, die durch klimatische Bedingungen noch verschärft wird. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung benötigen Hilfe, während die Finanzmittel von Gebern zurückgehen.

Das Land hat den weltweit niedrigsten Pro-Kopf-Energieverbrauch: Ein erheblicher Teil der Bevölkerung, einschließlich der Hauptstadt, hat keinen Zugang zu einer zuverlässigen Energieversorgung. Die inländische Stromerzeugung deckt nur etwa 23 % des Strombedarfs des Landes.

Etwa 20 [terroristische Strukturen](#) sind nach wie vor auf afghanischem Gebiet aktiv, was einer der Hauptfaktoren für die Instabilität in der Region ist. Die mächtigste und gefährlichste davon ist nach wie vor der afghanische Ableger des „Islamischen Staates“ – „Wilayat Khorasan“.

Afghanistan bleibt eine Quelle für die Ausbreitung des salafistischen Dschihadismus, auch in zentralasiatische Länder. Die Wasserpolitik der derzeitigen afghanischen Behörden gibt Anlass zu großer Sorge. Die Inbetriebnahme des Kosh-Tepa-Kanals könnte zu einer erheblichen Verringerung des Wasserflusses des Amu Darya führen, was schwerwiegende ökologische Folgen für die zentralasiatische Region mit sich bringen würde. Afghanistan hat auch Probleme mit grenzüberschreitenden Flüssen mit dem Iran (Helmand) und Pakistan (Kabul und Kunar).

Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung sind die Anbauflächen für Schlafmohn auf 10,2 Tausend Hektar zurückgegangen, was etwa 4 Prozent des Niveaus von 2022 (232 Tausend Hektar) entspricht. Die Opiumproduktion ging im Vergleich zum Vorjahr um 32 Prozent zurück und belief sich auf 296 Tonnen. Dies hat jedoch auch negative Folgen für das Land. Bis 2022 machte die Opiumwirtschaft bis zu 10 Prozent des BIP Afghanistans aus und bot über 400.000 Saisonarbeitsplätze.

Der Rückgang der Einkommen und das Fehlen alternativer Entwicklungsprogramme haben zu einem weiteren Anstieg von Armut, Arbeitslosigkeit und Schuldenabhängigkeit geführt. Familien, denen ihre bisherigen Einkommensquellen genommen wurden, sind gezwungen, neue, oft kriminelle Wege zu suchen, um zu überleben. Dies schafft einen fruchtbaren Boden für die Rekrutierung durch extremistische Gruppen, die finanzielle Unterstützung und ein Gefühl der Zugehörigkeit bieten.

Somit führt eine Vielzahl von Problemen im Zusammenhang mit Terrorismus, geopolitischen Spannungen, Wasserressourcen und Wirtschaftskrisen zu einer äußerst instabilen Lage in Südasien, die die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft erfordert.

### **Lage im Nahen Osten: Gaza – Unsicherheit nach der ersten Phase des Trump-Plans**

Die erste Phase der Umsetzung des Trump-Plans für den Gazastreifen ist im Großen und Ganzen abgeschlossen. Weitere Fortschritte im Friedensprozess hängen nun direkt von der Fähigkeit Israels, der Hamas und der Vermittlerländer ab, wichtige politische Fragen zu klären, die für den Übergang zur zweiten Phase notwendig sind. In dieser Phase besteht weiterhin erhebliche Unsicherheit. In Israel selbst gibt es viele Kräfte, die daran interessiert sind, den Trump-Plan zu torpedieren.

Die größte Schwäche des Plans besteht darin, dass er sich an den Interessen Israels orientiert, während die Zukunft eines palästinensischen Staates weiterhin unklar ist. Die Regierung Netanjahu ist offenbar der größte Gegner der Gründung eines palästinensischen Staates. Es wird vermutet, dass sie die Palästinenser in die Verzweiflung treiben will, um sie zum Verlassen ihres Landes zu zwingen. Gleichzeitig arbeitet die Regierung Netanjahu aktiv an Optionen, um die Präsenz Israels im Gazastreifen zu sichern. Die sogenannte „Gelbe Linie“, die durch das Waffenstillstandsabkommen festgelegt wurde, teilt den Gazastreifen in zwei Teile: den westlichen Teil (42 Prozent des Territoriums), wo die Hamas die Kontrolle behält und etwa zwei Millionen Menschen leben, und den östlichen Teil (58 Prozent des Territoriums), der unter der Kontrolle der israelischen Armee steht und keine Zivilbevölkerung hat. Die Arbeiten zur Befestigung der „Gelben Linie“ deuten darauf hin, dass man ihr einen dauerhaften Status verleihen will.

Es entsteht der Eindruck, dass Netanjahu darauf setzt, dass Trump mit der Zeit das Interesse am Gazastreifen verliert, was ihm ermöglichen würde, wieder nach eigenem Ermessen zu handeln. Für Netanjahu ist Krieg ein bewährtes Mittel, um an der Macht zu bleiben, insbesondere vor Parlamentswahlen.

### **Syrien: Zersplitterung und ungelöste Konflikte**

Im vergangenen Jahr kam es in Syrien zu einer Welle von Massenmorden an Vertretern der alawitischen, drusischen und arabisch-christlichen Gemeinschaften, was zu einer weiteren Zersplitterung des Landes führte. Interimspräsident Ahmed al-Sharaa ist es bisher nicht gelungen, den Kurden und Drusen Bedingungen anzubieten, unter denen sie einem Leben in einem einzigen Staat zustimmen würden.

### **Ägypten: Wirtschaft hängt von externen Finanzspritzen ab**

Die Wirtschaft Ägyptens, eines der führenden Länder der arabischen Welt, befindet sich in einer schwierigen Lage. Eine vorübergehende Verbesserung in diesem Jahr wurde dank erheblicher externer Finanzspritzen erreicht. Zu den wichtigsten Investoren gehörten die Vereinigten Arabischen Emirate (35 Milliarden US-Dollar für den Tourismuskomplex Ras al-Hekma), der IWF (8 Milliarden US-Dollar), die EU (über 7,4 Milliarden Euro) und die Weltbank (7 Milliarden US-Dollar). Das Gesamtvolumen der externen Währungshilfen belief sich auf über 50 Milliarden US-Dollar. Die ägyptischen Behörden führen aktiv ein Privatisierungsprogramm durch und steigern das Volumen der Nicht-Öl-Exporte. Trotz der ergriffenen Maßnahmen bleibt die Inflation jedoch hoch, die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt rapide, das Wirtschaftsklima bleibt ungünstig und die Widerstandsfähigkeit der ägyptischen Wirtschaft gegenüber globalen, regionalen und internen Herausforderungen nimmt weiter ab.

### **Marokko: Erholung mit Vorbehalten**

Die marokkanische Wirtschaft zeigt in diesem Jahr Anzeichen einer Erholung, die durch die Wiederbelebung der Landwirtschaft nach einer langen Dürreperiode, das Wachstum in der Tourismusbranche und erhebliche Investitionen in die Infrastruktur begünstigt wird. Eine groß angelegte Modernisierung der Straßen und Flughäfen sowie der Bau von Sportanlagen für die FIFA-Weltmeisterschaft 2030 sind im Gange. Daneben hat das Land jedoch weiterhin mit gravierenden Problemen wie Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, und einem erheblichen Anteil der Schattenwirtschaft zu kämpfen.

### **Algerien: Moderates Wachstum und strukturelle Herausforderungen**

Die Wirtschaft Algeriens, die weitgehend von Öl- und Gasexporten abhängig ist, verzeichnet ein moderates Wachstum. Parallel dazu unternehmen die Behörden Schritte zur Entwicklung von Sektoren außerhalb des Erdöl- und Erdgassektors. Es werden Mittel in erneuerbare Energien, Weltraumtechnologien (in Zusammenarbeit mit China) und den Bergbau investiert, wodurch Algerien zu einem Exporteur von Eisenerz werden kann. Die wichtigsten Probleme bleiben das Haushaltsdefizit und das Wachstum der Staatsverschuldung.

### **Libyen: Ungelöste Krise**

Die Libyen-Frage bleibt weiterhin ungelöst. Die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Gruppen bestehen fort, und das Land bleibt gespalten. Eine Lösung der Krise ist noch nicht in Sicht.

### **Tunesien: Anzeichen einer Erholung und alte Probleme**

Im vergangenen Jahr waren einige Anzeichen einer Erholung der tunesischen Wirtschaft zu beobachten. Das Wachstum wurde durch die Entwicklung des Tourismus, die Erholung der Landwirtschaft nach der Dürre und das Wachstum in der verarbeitenden Industrie angetrieben. Der regionale Handel, vor allem mit Algerien, entwickelt sich. Alte Probleme wie hohe Staatsverschuldung, Haushaltsdefizit und hohe Inflation bleiben jedoch weiterhin aktuell.

### **Iran: Interne Spannungen und regionale Ambitionen**

Der Iran befindet sich aufgrund der durch Sanktionen verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Unzufriedenheit *eines Teils* der Bevölkerung weiterhin in einer angespannten innenpolitischen Lage. Dennoch verfolgt das Land weiterhin eine aktive Außenpolitik, unterstützt Verbündete in der Region und baut sein Raketenprogramm aus. Dies stellt die regionale Stabilität und die internationalen Beziehungen vor zusätzliche Herausforderungen.

### **Saudi-Arabien: Transformation und regionale Rolle**

Saudi-Arabien setzt weiterhin das ehrgeizige Programm „Vision 2030“ um, das auf die Diversifizierung der Wirtschaft und die Verringerung der Abhängigkeit vom Öl abzielt. Das Land wirbt aktiv um ausländische Investitionen und entwickelt neue Industriezweige wie Tourismus und Technologie. Auf regionaler Ebene versucht Saudi-Arabien, seinen Einfluss durch die Teilnahme an verschiedenen diplomatischen Initiativen und die Unterstützung bestimmter politischer Kräfte zu stärken. Menschenrechtsfragen und regionale Konflikte stehen jedoch weiterhin im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit.

### **Allgemeine Trends und Herausforderungen für die Region**

Der Nahe Osten insgesamt bleibt ein Gebiet mit erhöhten geopolitischen Spannungen. Konflikt-Hotspots wie Syrien und Libyen bestehen weiterhin, ebenso wie schwelende Widersprüche, die jederzeit zu einer offenen Konfrontation eskalieren könnten. Wirtschaftliche Probleme wie hohe Inflation und Arbeitslosigkeit verschärfen die soziale Instabilität in vielen Ländern.

Gleichzeitig sind aber auch positive Trends zu beobachten. Einige Länder zeigen Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung und bemühen sich um eine Diversifizierung ihrer Wirtschaft. Auch der regionale Handel und die regionale Zusammenarbeit entwickeln sich, wenn auch in begrenztem Umfang.

### **Europa: Kurs auf Konfrontation und Militarisierung**

Die meisten europäischen Staats- und Regierungschefs vertreten eine russophobe Haltung. Das Bewusstsein ihrer eigenen Schwäche und die Angst, aus der politischen Arena zu verschwinden, treibt sie zu aggressiver Rhetorik gegenüber Russland. Mit wenigen Ausnahmen zeigen die europäischen Länder kein Interesse daran, den Konflikt in der Ukraine beizulegen; im Gegenteil, sie militarisieren rasch ihre Wirtschaft und erklären offen ihre Bereitschaft zum Krieg gegen Russland.

### **USA stärken ihre Position in Lateinamerika**

Die USA arbeiten aktiv daran, die Ressourcen Lateinamerikas ihren Interessen unterzuordnen und andere Akteure aus der Region, vor allem China und Russland, zu verdrängen. Diese Wiederbelebung der Monroe-Doktrin spiegelt sich in der neuen nationalen Sicherheitsstrategie der USA wider und zeigt sich bereits in Bezug auf Venezuela.

### **2026: Zerstörung der alten Weltordnung und neue Herausforderungen**

Das Jahr 2026 verspricht für die Weltpolitik und die Wirtschaft schwierig zu werden. Die Politik der Trump-Regierung dürfte andere Länder zu größerer Unabhängigkeit und zum Abschluss von Vereinbarungen unter Umgehung der USA anregen.

In Europa und im asiatisch-pazifischen Raum werden die militärpolitischen Spannungen weiter zunehmen. Für den Westen bleibt Russland ein Gegner. Die USA werden versuchen, ihre asiatischen Verbündeten aktiver in ihre Strategie zur Eindämmung Chinas einzubeziehen.

Im Februar 2026 läuft der Vertrag zwischen der Russischen Föderation und den USA über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen aus. Es ist unwahrscheinlich, dass Vereinbarungen über seine Verlängerung oder Ersetzung getroffen werden.

Konflikt-Hotspots werden in Südost- und Südasien, im Nahen Osten, in Afrika und Lateinamerika bestehen bleiben. Geopolitischer Wettbewerb wird sich in der Arktis, in der Erdumlaufbahn, auf dem Meeresgrund und im Cyberspace entfalten. Der Kampf um natürliche Ressourcen wird sich verschärfen.

China wird wahrscheinlich das verlangsamte Wirtschaftswachstum und interne Probleme durch die Ausweitung seines Einflusses im globalen Süden und durch taktische Handelsabkommen mit den USA kompensieren. Die Weltwirtschaft wird weiterhin unter dem Druck von Handelszöllen stehen. Die Investitionen in Infrastruktur und Technologien der künstlichen Intelligenz (KI) werden weiter zunehmen. Die Frage nach den Auswirkungen der KI auf die Entwicklung neuer Waffentypen sowie auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung wird besonders akut werden.